
Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen,
öffentliche Sicherheit und Umwelt am 12.08.2025**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:21 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste (*Anlage*)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 12. August 2025, 16.30 Uhr mit 6 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellt außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

Er bittet die Anwesenden, sich für eine Schweigeminute zu erheben, um dem verstorbenen Stadtrat Fricke zu gedenken, der auch als stellvertretender Ausschussvorsitzender tätig war.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden auf Anfrage von **Herrn Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: 6 – 0 – 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.06.2025

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 1

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erscheint 16.33 Uhr zur Sitzung. Somit sind nunmehr 7 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nicht öffentlichen Teil gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert, dass ein Bürger vorab Fotos eingereicht hat, die nicht öffentlich gezeigt werden, da nicht ersichtlich ist, ob es sich hierbei um ein städtisches oder privates Grundstück handelt.

Der **Bürger** ist anwesend und stellt 3 Fragen:

Frage 1:

„Was haben Sie bis jetzt getan und was werden Sie zukünftig tun, um diese Missstände abzustellen?“

Das KVG LSA in § 45 sagt Aufgaben der Vertretung. Sie, die Vertretung, überwacht die Ausführung Ihrer Beschlüsse und sorgt dafür, dass in der Verwaltung auftretende Missstände durch den Hauptverwaltungsbeamten beseitigt werden. Laut Stadtratsbeschluss zur Geschäftsordnung, also Ihrem Beschluss, ist die Beantwortung der Frage in der Sitzung nicht möglich, erhält der Einwohner eine schriftliche Antwort, die innerhalb von 4 Wochen, ggf. als Zwischenbescheid erteilt werden muss. Nicht kann, sollte, muss. Schriftliche Antworten sind der Öffentlichkeit in geeigneter Form bekannt zu machen im Internetportal der Stadt. Das dieses nicht funktioniert, habe ich hier schon mehrfach reklamiert, ohne dass die Probleme abgestellt worden sind. Sie bestehen immer noch.“

Der **Bürger** moniert, dass er auf die Beantwortung einiger seiner Fragen fast ein Jahr wartet. Er führt aus, dass er Anfragen z. B. im Bauausschuss oder Hauptausschuss gestellt hatte, die noch nicht beantwortet wurden.

Herr Kellner antwortet hierauf, dass er nicht für andere Ausschüsse sprechen kann. Deshalb bittet er den Bürger, sein Anliegen im Stadtrat vorzutragen.

Frage 2:

„Kann man hier kurzfristig eine Lösung finden für Bürger und Umwelt?“

Ich habe schon öfter bei den Mülldetektiven gemeldet, dass illegal Müll in der Umgebung entsorgt wurde. Mit Sicherheit ein Ärgernis nicht nur für mich, sondern auch für jeden, der sich für die Umwelt interessiert. Sperrmüll ist kostenlos bis ein Kubikmeter pro Person und Elektrogeräte auch. Warum dann in die Umwelt entsorgen? Ich selbst hatte etwas Sperrmüll zu entsorgen, habe diesen ins Auto verfrachtet und bin zur Deponie gefahren. Und hier beginnt das Problem. Wenn sie hier am Scherbelberg entsorgen wollen, müssen sie bezahlen. Hier gilt dieser

Kubikmeter nicht. Wenn sie der Stadt also die Abholung abnehmen, müssen sie dafür bezahlen. Es werden selbstverständlich die Daten erhoben, wie Name, Anschrift sogar die Autonummer. Im Zeitalter die Digitalisierung sollte es doch wohl auch problemlos möglich sein, das dem entsprechenden Bürger zuzuordnen. Wenn ich Sperrmüll anmelde, gebe ich gar keine anderen Daten an. Nur auf den Termin warte ich dann mehrere Wochen. Wenn es dann etwas kurzfristig ist, ist das schlecht. Es kann nicht sein, dass man die Stadt entlastet mit der Selbstanlieferung und dafür dann auch noch bestraft wird. Und da wird dann mancher sagen, dann entsorgen wir einfach kostenlos und zwar ganz einfach in der Umwelt. Und ich glaube, dass ist nicht das Ziel.“

Darauf antwortet **Herr Kellner**, dass dieses Thema derzeit beim Stadtpflegebetrieb in Prüfung ist.

Herr Groneberg, Fraktion der CDU, informiert, dass die derzeit gültige Satzung regelt, dass der Sperrmüll mit einem Schein nur zuhause abgeholt werden darf. Also müsse zunächst die Satzung geändert werden, so **Herr Groneberg**.

Der **Bürger** stellt dann Frage 3 zu den von ihm vorab eingereichten Fotos:

„Was soll kurzfristig geschehen, um diese Gefahrenquellen abzustellen, und zwar um langfristig diesen Müllplatz im Wald zu beseitigen?“

Ich habe schon öfters am Cleanup Day teilgenommen. Dieses Jahr wollten wir ein besonders betroffenes Gebiet angehen. Es sieht dort katastrophal aus. Müll wohin man sieht. Ich habe Kontakt mit dem Stadtpflegebetrieb aufgenommen im Vorfeld, um abzuklären, wie diese Müllmengen abtransportiert werden können. Dort teilte man mir mit, das Gebiet ist Dessau, aber privat. Nicht geeignet für den Cleanup Day. Vor Ort ist dies in keinster Weise ersichtlich. Keine Schilder, keine Abzäunung, gar nichts. Es geht hier nicht nur um Müll, sondern auch um erhebliche Gefahrenstellen. Der Zaun um den Pool ist stellenweise niedergetreten, so dass jeder an das Wasser herankommt. Was sich dort unter der Algenfläche befindet, kann man nur erahnen. Auf dem Gelände sind mehrere Löcher im Boden, teilweise mit mehr als einem Meter Durchmesser und der Grund darunter ist nicht zu sehen oder was dort überhaupt ist. An einem Gebäude ist aus alten mit der Zeit vergammelten Europaletten eine Treppe gebaut, um aufs Dach zu kommen. Von Sicherheit ist hier weit und breit nichts zu sehen. Ob das Dach trägt, keine Ahnung. Ich gehe dort nicht drauf. Hier ist Gefahr in Verzug. Es gibt unzählige Gefahrenquellen, für die dann wohl der Besitzer zuständig ist. Wenn dort Kinder zum Spielen hingehen, wird es nicht lange dauern, bis etwas passiert. Es gibt dort nicht einmal einen stabilen Handyempfang, um notfalls Hilfe zu rufen. So kann es auf keinen Fall bleiben.“

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, informiert, dass diese Örtlichkeit mindestens 2 x im Jahr begangen wird; letztmalig im Juli 2025. Erst nach Bewertung der Sachlage kann man – gerade auf privatem Grund – eine entsprechende Anordnung treffen. Die Örtlichkeit wird noch einmal angeschaut und der Bürger wird eine schriftliche Antwort erhalten, so **Herr Horváth**.

Ein weiterer **Bürger** spricht das Thema Tempo 30-Zonen und die Verkehrssicherheit an. Er kritisiert, dass trotz der neuen Möglichkeiten durch die geänderte Straßenverkehrsordnung keine konkreten Maßnahmen umgesetzt worden seien. Seiner Meinung nach, sollte die Ziebigker Straße vorrangig betrachtet werden.

Herr Kellner antwortet hierauf, dass die Ortsbürgermeister und Stadtbezirksbeiräte bereits aufgefordert wurden, Straßen bzw. Straßenabschnitte zu benennen, bei denen sich Änderungsbedarfe im Hinblick auf verkehrsbehördliche Anordnungen ergeben.

Herr Horváth erläutert, dass es im letzten Ausschuss ausführliche Informationen über die neue Straßenverkehrsordnung und die damit verbundenen Sachlagen, insbesondere in Bezug auf die Ziebigker Straße, gegeben habe. Er hebt hervor, dass die beschriebenen Gefahrenlagen nicht nur die Ziebigker Straße betreffen, sondern die gesamte Stadt Dessau-Roßlau sowie die umliegenden Ortschaften. Er erklärt, dass die Stadtbezirksbeiräte und Ortsbürgermeister mit einem Schreiben gebeten worden seien, entsprechende Zuarbeiten bis Ende September 2025 zu leisten, um eine Priorisierung der Maßnahmen zu ermöglichen. Die Ziebigker Straße werde dabei voraussichtlich eine hohe Priorität erhalten. Eine Zeitschiene wird dann festgelegt, so **Herr Horváth**.

Weitere Anfragen von Bürgern gibt es auf Anfrage von **Herrn Kellner** nicht.

6 Beschlussfassungen

6.1 Fortschreibung des Freiflächen-Photovoltaikkonzeptes **Vorlage: BV/174/2025/I-61**

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU fragt nach, ob hier Einführungsbedarf bestehe. Da dies nicht der Fall ist, stellt er die Beschlussvorlage sodann zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0

6.2 Wärmeplanung Stadt Dessau-Roßlau - öffentliche Beteiligung **Vorlage: BV/182/2025/III-KSM**

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung, da auf Anfrage kein Einführungsbedarf besteht.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Groneberg, Fraktion der CDU, weist auf zwei Anliegen hin, die den Bereich Adria betreffen. Zum einen berichtet er über die Verlagerung der Lkw-Parkproblematik vom Gewerbegebiet in die Sonnenallee und an die Adria. Er regt an, dort ebenfalls ein absolutes Halteverbotsschild zu prüfen.

Zum anderen informiert er über Beschwerden der Bürgerinitiative Adria-Siedlung bzgl. Lärmbelästigung durch Veranstaltungen, die bis 3.00 Uhr genehmigt worden seien. Er spricht sich für alternative Veranstaltungsorte aus, um die Belastung der Anwohner zu reduzieren.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit sichert eine schriftliche Antwort zu.

Herr Eichelberg, Fraktion der SPD, nimmt Bezug auf die Anfrage eines Bürgers hinsichtlich der Wasserentnahme. Der möchte wissen, ob er, während der Zeit, in der keine Wasserentnahme gestattet ist, trotzdem seine Regenfässer mit Wasser aus seinem Brunnen füllen kann.

Darauf antwortet **Herr Unger, Sachgebietsleiter Wasser- und Naturschutzbehörde**, dass man dies über die Allgemeinverfügung nicht wirklich regeln kann, es aber möglich sei. Dann plädiert **Herr Unger** für einen sparsamen Umgang mit Wasser und bittet darum, in der Mittagshitze, also von 10.00 bis 18 Uhr, auf die Bewässerung zu verzichten.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erinnert an ihre Prüfbitte vom 04.03.2025 bzgl. des Elberadweges entlang der Ebertallee, der erhebliche Schäden aufweise und eine Unfallgefahr darstelle. Sie schlägt vor, Hinweisschilder aufzustellen, die auf Gefahren hinweisen.

Herr Horváth stellt klar, dass die Anfrage möglicherweise nicht als solche gewertet wurde, jedoch erneut weitergeleitet wird. Eine schriftliche Antwort wird zugesichert.

Frau Richter regt zudem an, die Zuständigkeiten der Ausschüsse klarer zu kommunizieren, um die Bearbeitung von Anfragen zu erleichtern.

Ein weiteres Anliegen betrifft die Regelung von Feuerwerken bei Wandbrandwarnstufen. **Herr Kellner, Fraktion der CDU**, regt an, in die örtliche Verordnung aufzunehmen, dass Feuerwerke bei einer Waldbrandwarnstufe 4 nicht durchgeführt werden dürfen. Er verweist auf die Praxis anderer Kommunen und

betont die Notwendigkeit, die Sicherheit der Bevölkerung und der Umwelt zu gewährleisten.

7.1.1 Nachtfahrverbot für Mähroboter **Vorlage: FV/010/2025/GRÜNE**

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußert seine Verwunderung darüber, dass die von seiner Fraktion eingereichte Vorlage lediglich als Information unter „Sonstige Anfragen und Mitteilungen“ aufgeführt sei. Er betont die Bedeutung des Igel als Indikatorart für ein intaktes Ökosystem und verweist auf dessen Bedrohung durch Mähroboter. Diese bedrohen nicht nur Igel, sondern auch kleine Wirbeltiere, Amphibien und Insekten. **Herr Kaßner** hebt hervor, dass bereits mehrere Orte Nachtfahrverbote für Mähroboter eingeführt hätten. Er kritisiert, dass Dessau-Roßlau trotz seiner Stellung als Bauhausstadt und Sitz des Umweltbundesamtes, in dieser Hinsicht keine Vorreiterrolle einnehme. Dann verweist er auf die 2020 beschlossene pestizidfreie Kommune und innovativen Ansätze bei der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinner. **Herr Kaßner** fordert eine erneute Prüfung der Stellungnahme der Verwaltung und eine Abstimmung im nächsten Ausschuss.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit erläutert, dass die durch die Fraktionsvorlage angestrebte Beschlussfassung nach Auffassung der Verwaltung rechtswidrig sei. Er erklärt, dass es sich nicht um eine Angelegenheit der Kommune im Sinne des § 45 Abs. 1 KVG LSA handle und somit dem Stadtrat die Entscheidungsbefugnis entzogen sei. **Herr Horváth** weist darauf hin, dass aus Sicht der Verwaltung der Schutz der Igel durch das Bundesnaturschutz (§ 44 NatschG) gewährleistet sei und daher kein Bedarf für eine solche Allgemeinverfügung bestehe.

Herr Eichelberg, Fraktion der SPD, fragt, ob trotz der Einschätzung der Rechtswidrigkeit über die Vorlage abgestimmt werden könne.

Herr Kellner stellt klar, dass die Vorlage als Fraktionsvorlage behandelt werde und somit abstimmungsfähig sei.

Herr Kaßner äußert sein Unverständnis darüber, warum andere Städte und Kommunen unter der gleichen Bundesgesetzgebung vergleichbare Verfügungen erlassen könnten, während dies hier nicht möglich sei.

Herr Horváth entgegnet, dass er die rechtlichen und sachlichen Hintergründe in anderen Kommunen nicht kenne und lediglich die rechtliche Einschätzung der Verwaltung für die vorliegende Situation darlegen könne. Er betont, dass die Vorlage weiterhin als Fraktionsvorlage behandelt und die Beschlussreihenfolge bis zum Stadtrat eingehalten werde.

Frau Richter schlägt vor, dass das Rechtsamt prüfen solle, wie andere Kommunen vergleichbare Verfügungen erlassen konnten, und ob deren Vorgehen als Muster dienen könne. Sie verweist darauf, dass der Oberbürgermeister als oberster Dienstherr der Unteren Naturschutzbehörde möglicherweise Anordnungen erteilen könne.

Herr Horváth erwidert, dass die rechtliche Einschätzung der Verwaltung bereits vorliege. Er bietet an, dass Herr Jähnichen bei Bedarf aus naturschutzfachlicher Sicht weitere Ausführungen machen könne, verweist jedoch darauf, dass die wesentlichen Informationen bereits in der Stellungnahme enthalten seien.

Herr Eichelberg ist der Meinung, dass Fraktionsvorlage beschlussfähig sei und er sie unterstützen werde. Er weist darauf hin, dass der Oberbürgermeister im Falle von Einwänden Widerspruch einlegen könne, betont jedoch, dass er die Vorlage für sinnvoll halte.

Herr Kellner bittet nunmehr um Abstimmung der Fraktionsvorlage.

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 2

Dann schließt **Herr Kellner** den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Herr Kellner, **Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, schließt die Sitzung 17.21 Uhr.

Dessau-Roßlau, 22.08.25

Florian Kellner
Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche
Sicherheit und Umwelt

Katrin Koischwitz
Schriftführerin